



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 62 / November 2007

Liebe Leserin, lieber Leser,

in seiner November-Plenartagung befasste sich das Europäische Parlament (EP) u.a. mit einer äußerst umstrittenen EU-Bodenschutz-Gesetzgebung, mit der Einführung eines Emissionshandelssystems für den Luftverkehr, mit dem geplanten Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2008, mit dem "Fernsehen der Zukunft", mit der EU-Nachbarschaftspolitik sowie mit der Ausweitung des Schengener Abkommens auf die meisten der neuen EU-Mitgliedsstaaten. Im Rahmen einer feierlichen Sitzung beehrte uns der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy mit seinem Besuch.

Bodenschutz

Boden zählt zu den lebenswichtigen Ressourcen und ist für die biologische Vielfalt, als Rohstoffquelle und Kohlenstoffspeicher sowie für die Speicherung und Filterung von Nährstoffen und Wasser von größter Bedeutung. Die Umweltbelastung des Bodens nimmt aber stetig zu, und die Mitgliedstaaten müssen mit Problem wie Bodenerosion, Versauerung, Wüstenbildung sowie Bodenverunreinigungen und -verseuchungen kämpfen.

Rechtfertigt dies jedoch eine europäische Regelung zum Bodenschutz? Die CDU/CSU-Gruppe im EP verneint diese Zuständigkeit und setzte sich daher aus Subsidiaritätsgründen für die Ablehnung der umstrittenen Richtlinie zum Bodenschutz ein: Bodenschutz hat nur eine sehr geringe grenzüber-

schreitende Bedeutung, da Boden kein bewegliches Gut ist. Bodenschutz muss deshalb Sache der Mitgliedstaaten bleiben! Auf gemeinschaftlicher Ebene sollten lediglich gemeinsame Ziele und nicht bindende Leitlinien festgelegt werden. Mehrheitlich stimmte das Europäische Parlament allerdings in dieser ersten Lesung für eine EU-Bodenschutz-Richtlinie. Einig waren sich alle nur in einem Punkt: Maßnahmen, die zu Mehrbelastungen und unnötigem Bürokratie- und Personalaufwand führen, wurden abgelehnt.

Emissionshandel im Luftverkehr

Kohlendioxyd ist besonders klimaschädlich, wenn es in großen Höhen freigesetzt wird. Daher soll der Flugverkehr in der EU nun endlich auch in die "Klima-Verantwortung" genommen werden. Eine Besteuerung von Flugbenzin wäre natürlich wünschenswert, ist aber nur sinnvoll, wenn sie weltweit eingeführt würde. Da dies nicht durchsetzbar ist, wollen wir den Flugverkehr ab dem Jahr 2011 in den Handel mit Emissionszertifikaten einbeziehen. Diese Regelung gilt dann nicht nur für europäische Fluglinien, sondern auch für Flüge aus Drittländern, die in der EU starten oder landen. Trotz einer starken Berücksichtigung von Wettbewerbsaspekten für die europäischen Fluglinien, Flughäfen und Regionen hat das EP mit dieser Entscheidung einen anspruchsvollen Vorschlag auf den Weg gebracht, der maßgeblich zum Klimaschutz beitragen kann. 25 Prozent der Zertifikate sollen versteigert werden. Die Einnahmen hieraus sollen wiederum vorran-

gig dem Luftfahrtsektor zu Gute kommen, können aber auch zur Senkung bestehender Steuern und Abgaben auf umweltfreundliche Verkehrsträger wie Bus und Bahn verwendet werden. Auch Regierungsflüge werden in das System aufgenommen!

Kommissionspläne

Die Europäische Kommission stellte ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm für 2008 vor. Geplant sind mehr als 70 Gesetzesvorschläge und über 50 nicht-legislative Initiativen zu den dringlichsten aktuellen Problemen: Wachstum und Beschäftigung, Klimawandel, Energie, Migration und Erweiterung. So will die Kommission "den Erwartungen der Bürger an die Zukunft gerecht werden".

Zukunft des Digitalfernsehens

Digitalfernsehen ist "die Technologie der neuen Medien" und ermöglicht die Verbreitung pluralistischer Informationen und qualitativ hochwertiger Programme. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, den Übergang von der Analog- zur Digitaltechnik zu beschleunigen und bis spätestens 2008 einen entsprechenden Plan vorzulegen. Maßnahmen der Mitgliedstaaten zugunsten des Digitalfernsehens müssen aber den Regeln für staatliche Beihilfen entsprechen. Einzelne Anbieter dürfen durch staatliche Eingriffe weder benachteiligt noch bevorzugt werden.

Grenzöffnung

Nach der Osterweiterung der EU sollen bald an den innereuropäischen Grenzen zu den neuen Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Bulgariens, Rumäniens und Zyperns) die Personenkontrollen wegfallen. Dies betrifft aus deutscher Sicht die Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik. Vor dem entsprechenden Ratsbeschluss stimmte nun das EP für die Ausweitung des Schengener Abkommens auf Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Ungarn und Malta ab. Wir forderten die strikte Einhaltung aller im Schengener Abkommen vorgesehen Standards. Nö-

tig ist zudem eine schnelle Umsetzung der zweiten Generation des "Schengen-Informationssystem" (SIS II), das noch unter technischen Problemen leidet. Zur Beruhigung: Trotz des Wegfalls der Personenkontrollen an den Grenzposten sind im Schengener Abkommen ausdrücklich Schleierfahndungen und Personenkontrollen im Grenzgebiet vorgesehen.

Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zählt zu den obersten Prioritäten der Außenpolitik der EU und muss weiterhin gestärkt werden. Die wichtigsten Ziele der ENP sind die Schaffung einer Zone des Wohlstands, der Stabilität und der Sicherheit sowie der Aufbau enger Beziehungen zu und zwischen den Nachbarschaftsstaaten. Das EP forderte die Kommission auf, mit den Ländern der ENP gemeinsame Ausschüsse für Menschenrechte einzurichten. Die Zusammenarbeit soll sich zudem auf die Bereiche Justiz und Inneres, Migration und Stärkung der Grenzkontrollen konzentrieren. Diese Maßnahmen kosten natürlich viel Geld, sind aber in unserem eigenen Sicherheitsinteresse unverzichtbar!

Rechtsextreme Fraktion aufgelöst

Endlich: Nach nur zehn Monaten platzte die rechtsextreme Fraktion im EP. Nach dem Austritt der fünf Abgeordneten der "Großrumänien-Partei" hat die Gruppe der Rechtsextremen im EP nun mit nur noch 18 Mitgliedern zwei weniger, als für den Fraktionsstatus erforderlich wären!

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüßt Sie herzlich Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de